

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Selbstbestimmung 7
**Die Wettbewerbsfähigkeit dank
unserer Demokratie bewahren**



Sozialpolitik 9
**Versicherungsdetektive gegen
Sozialmissbrauch einsetzen**



Velo-Wege 10
**Was soll der Bund noch alles
bezahlen?**



Nein zu den Agrar-Initiativen der Linken!



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

MUSTER

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 23. September 2018

Wollen Sie die Volksinitiative
«Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wan-
derwege [Velo-Initiative]» annehmen?

Antwort

NEIN

Wollen Sie die Volksinitiative
«Für gesunde sowie umweltfreundlich und
fair hergestellte Lebensmittel
(Fair-Food-Initiative)» annehmen?

Antwort

NEIN

Wollen Sie die Volksinitiative
«Für Ernährungssouveränität. Die Land-
wirtschaft betrifft uns alle» annehmen?

Antwort

NEIN

Die SVP in den Schweizer Medien



Das Wort des Parteipräsidenten



Dank strahlender SVP-Sonne erhellt sich auch bei Linken der Geist

Es taget. Das Symbol unserer Partei, die aufgehende Sonne, scheint auch einigen Linken endlich die Augen zu öffnen. Sie geben zu, wie wichtig die Selbstbestimmung für die Schweiz ist. So hat sich nicht nur der SP Präsident, Christian Levrat, kürzlich für eine Sistierung der Verhandlungen mit der EU ausgesprochen. Die frühere SP-Aussenministerin Calmy-Rey hat sich vor wenigen Tagen in einem Interview von der EU klar distanziert: "Die EU fordert: Wir sollen ihre Regelung übernehmen. ...Wenn die Schweiz durch ein Rahmenabkommen die Arbeitsbedingungen und Löhne der EU übernimmt, wäre dies gefährlich für den Schutz unserer Arbeitnehmer. Das Schweizer Recht schützt besser als das europäische. Ich bin entschieden dagegen, dass europäisches Recht sämtliche Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU regeln soll."

Ich lade Frau alt Bundesrätin Calmy-Rey ein, und mit ihr all ihre Genossen, im EU-No-Komitee und auch im Komitee für die Selbstbestimmung am 25. November 2018 mitzumachen. Denn ein Ja zur Selbstbestimmung ist ein Ja zur direkten Demokratie. Unabhängig von der Sache oder der politischen Einstellung, in der Schweiz müssen wir als Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auch in Zukunft selbst über die Art, wie wir zusammenleben wollen und welche Gesetze hier gelten sollen, entscheiden können. Das Volk ist der oberste Gesetzgeber im Lande und niemand sonst.

Die Linke kann schon bei der Abstimmung am 25. November zeigen, ob es ihr mit der Selbstbestimmung und dem Erhalt der direkten Demokratie ernst ist, oder ob Sie ein Jahr vor den Wahlen bloss ein böses Doppelspiel treibt, nach dem Motto, vor den Wahlen sind wir kritisch zur EU, um danach die Schweiz umso schneller mit einem EU-Kolonialvertrag zu verschachern.

Albert Rösti

Nationalrat Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz

Wir sind Heimat !

Unsere Berge und Seen, der Käse und der Cervelat, Wilhelm Tell und unsere Demokratie. Heimatverbundenheit ist ein wichtiges und positives Gefühl. Die Linke hat ein gestörtes Verhältnis zur Schweiz und schadet damit unserem Land.

Die Schweiz hat eine eigene Geschichte, sie ist geprägt von ihren Kulturen, von ihren Traditionen und den Menschen, die hier leben.

Die Schweiz ist unsere Heimat. Es gibt kein Miteinander ohne Emotionen. Unsere Berge, Seen, Täler und Landschaften lösen Emotionen aus. Die Heimat beginnt im Kleinen: in der Familie, in der Nachbarschaft, im Quartier, im Dorf. Wer ein Gefühl für seine nähere Umgebung hat, kümmert sich, setzt sich ein, übernimmt Verantwortung im Gemeinwesen.

Heimat ist Vertrautheit. Heimat ist das, was wir vermissen, wenn wir auswärts sind. Das frische Trinkwasser, den Cervelat und das Aromat. Manchmal hilft es, fortzugehen, um zu erkennen, was uns die Heimat, was uns die Schweiz bedeutet.



Die Schweiz ist Heimat für jeden, der sich zu den schweizerischen Werten bekennt und sie lebt.

nis zur Heimat. Ihr selbstquälerischer Umgang mit der Schweiz schadet unserem Land – und auch der Integration: Wer sich nicht selber zur Schweiz bekennt, muss sich nicht wundern, wenn sich unter Migranten Parallelgesellschaften herausbilden oder extremistische Strömungen, wie etwa der Islamismus, ins Vakuum vorstossen. Wer die Heimat verachtet wie die Linken und Grünen, drängt auch in die Europäische Union und zerstört damit willentlich die Grundlagen der schweizerischen Identität.

Wir müssen uns nicht verkriechen. Die Schweiz hat nie einem Blut- und Boden-Nationalismus gehuldigt. Die Schweiz war nie eine Monarchie, sie ist nie einem Diktator hinterhergerannt, noch hat sie sich von den

mörderischen Utopien des Sozialismus blenden lassen.

Die Schweiz ist gewachsen, sie zeigt seit Jahrhunderten ihren Willen zur Unabhängigkeit. Wir haben eine demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung, die bis in die Anfänge der Eidgenossenschaft zurückgeht. Die tiefere Botschaft – Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung – steht jedem offen, unabhängig seiner Herkunft. Darin liegt die Integrationskraft der schweizerischen Idee. Die SVP steht ohne Wenn und Aber zu dieser kraftvollen Idee.

« **Integration kann nur funktionieren, wenn die Schweiz als selbstbewusstes Land mit klaren Eckwerten auftritt.** »

Es geht aber auch um die Leute, die zu uns kommen. Welche Schweiz präsentiert sich ihnen? Integration kann nur funktionieren, wenn die Schweiz als selbstbewusstes Land mit klaren Eckwerten auftritt. Integration muss ein klar definiertes Ziel haben: Die Schweiz ist Heimat für jeden, der sich zu den schweizerischen Werten bekennt und sie lebt.

Die Linke hat ein gestörtes Verhält-

*von Nationalrat
Peter Keller
Unternehmer/Autor
Hergiswil (NW)*



JA zur direkten Demokratie, JA zur Selbstbestimmung



*Nationalrat Hans-Ueli Vogt,
Professor für Wirtschaftsrecht (ZH)*

Volksentscheide umsetzen

Mit der Selbstbestimmungs-Initiative wollen wir erreichen, dass Entscheide von Volk und Ständen wieder umgesetzt werden. Wir wollen die verfassungswidrige kalte Entmachtung der Stimmbürger rückgängig machen. Denn der Grund, warum es uns in der Schweiz so gut geht, ist, dass die Bürger bei uns das Sagen haben, ihre Entscheide also umgesetzt werden. Wenn eine Mehrheit der Stimmbürger die Regeln festlegt, nach denen kriminelle Ausländer ausgeschafft werden müssen, dann müssen diese Regeln angewendet bzw. durch das Parlament entsprechende Gesetze erlassen werden. Wenn eine Mehrheit der Stimmbürger die Zuwanderung in unser Land wieder selber steuern will, dann hat das Parlament dies umzusetzen. Doch die Mitsprache des Volkes passt den Politikern nicht, sie passt der Verwaltung nicht, und sie passt den Richtern nicht. Das Volk stört so hat es ein deutscher Politiker gesagt. Noch getraut sich niemand in der Schweiz, das so klar auszusprechen. Aber Politiker, Juristen, Wissenschaftler und Journalisten haben auch in der Schweiz in den letzten zehn Jahren die direkte Demokratie systematisch schlechtgeredet.



*Nationalrätin Andrea Geissbühler,
Büriswil (BE)*

Direkte Demokratie stärken

Ich will selber bestimmen, das höre ich jeden Tag auch von meinen Kindern. Und das ist gut so. Das gilt fürs persönliche Leben, als auch für unseren Staat. Selbstbestimmung und Freiheit sind Teil unserer bewährten direkten Demokratie. So hat mir Paul Widmer, der ständige Vertreter der Schweiz beim Europarat von 2007 bis 2011, in der NZZ am Sonntag vom 19. August, aus dem Herzen gesprochen:
«Was für Vorteile brächte die Annahme der Selbstbestimmungsinitiative? Eine Stärkung unserer direkten Demokratie. Wenn sich das Bundesgericht über die Verfassung hinwegsetzt, wenn das Parlament Volksentscheide siehe Masseneinwanderung nicht umsetzt, wenn der Bundesrat daran denkt, inskünftig EU-Recht unbesehen zu übernehmen, dann muss man deutlich sagen: Halt! Noch sind wir eine Demokratie. Was bei uns zählt, ist das, was bei einer Volksabstimmung herauskommt. Es gab schon immer Leute, die meinten, sie hätten mehr Rechte. Aber wir liessen uns weder vom Klerus noch vom Adel bevormunden. Nun müssen wir uns gegen eine neue Kaste von Überheblichen wehren.»



*Nationalrat Thomas Aeschi,
Fraktionspräsident (ZG)*

Kein Land gewährt dem internationalen Recht einen derartigen Vorrang vor der eigenen Verfassung

Noch im März 2010 schrieb der Bundesrat in einem Bericht: "In keinem Staat wird zudem dem Völkerrecht uneingeschränkt der Vorrang vor dem Landesrecht eingeräumt ..." in keinem Staat also.

Weshalb soll die Schweiz, das freieste Land der Welt, ausgerechnet das erste Land werden, in welchem dem Völkerrecht uneingeschränkt der Vorrang vor dem Landesrecht eingeräumt wird? Das dürfen wir nicht zulassen.

Volksentscheide sind keine Umfrageergebnisse. Es sind die Stimmbürger, die in unserem Land bestimmen. Wir Schweizerinnen und Schweizer sind keine Marionetten der sogenannten Eliten der EU und der fremden Richter. Die Selbstbestimmung der Schweiz ist das, was die Schweiz ausmacht.

Die Selbstbestimmungs-Initiative stellt sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger bestimmen können, welches Recht, welche Regeln für die Schweiz gelten.

Unsere KMU schützen und die Wettbewerbsfähigkeit bewahren

Die Volksabstimmung vom 25. November 2018 über die Selbstbestimmungsinitiative der SVP ist wegweisend für die Wettbewerbsfähigkeit unserer KMU. Denn die Selbstbestimmung garantiert die Stabilität unseres politischen Systems. Eine Ablehnung der Initiative würde Tür und Tor für verschiedene Unsicherheiten öffnen. Auch im Interesse unseres Wirtschaftsstandortes müssen wir diese Initiative unterstützen.

Die Selbstbestimmungsinitiative verlangt, dass die Schweiz souverän bleibt und nicht fremde Richter über uns bestimmen. 2012 hat das Bundesgericht mit dem Entscheid 139 I 16 entschieden, dass internationale Verträge, die von Volk und Kantonen nie in einer Abstimmung gutgeheissen worden sind, unserer Bundesverfassung vorgehen, die von Volk und Ständen legitimiert ist. Diese neue Rechtsprechung ist eine spektakuläre Umkehr unserer Rechtsordnung.

Von internationalem Recht auf-gezwungenes Lohnniveau?

Weil ausländisches Recht die politische Souveränität der Stimmbürger verdrängt, ist das Schweizer Volk plötzlich nicht mehr die einzige Rechtsquelle in unserem Land. Die Gefahr für unsere KMU und unseren Wirtschaftsstandort liegt in der rasanten Entwicklung des internationalen Rechts, das sich ausdehnt, ohne dass es durch das Schweizer Volk gestoppt oder korrigiert werden kann.

Niemand bestreitet, dass das Völkerrecht jemanden vor Folter schützen muss. Dieser Kern des Völkerrechts wird als zwingendes Völkerrecht bezeichnet. Die Selbstbestimmungsinitiative sieht deshalb ausdrücklich den Vorrang und die Unantastbarkeit des zwingenden Völkerrechts vor. Es besteht daher keine Gefahr, dass diese Initiative die Möglichkeit bietet, Folter oder Sklaverei in der Schweiz einzuführen, auch wenn die Gegner



Die Stärke der Schweizer Wirtschaft liegt in ihren liberalen und flexiblen Rahmenbedingungen.

versuchen, uns genau dies glauben zu machen. Solche Behauptungen sind Blödsinn.

Real ist dagegen für unsere KMU die Gefahr, dass uns immer mehr Regulierungen aus dem nicht zwingenden Völkerrecht auferlegt werden, die unsere Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Nehmen wir als Beispiel die Lohnbedingungen: Das Lohnniveau wird in der Schweiz von den Sozialpartnern ausgehandelt und nicht vom Staat reguliert.

Das heisst, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer oder die Gewerkschaften, die sie vertreten, bestimmen gemeinsam die Bedingungen. Wenn morgen eine neue völkerrechtliche Bestimmung die Einführung eines Mindestlohns vorsieht, müsste sich die Schweiz, trotz des guten Funktionierens der Sozialpartnerschaft, dem einfach fügen. Wir könnten dann nur noch zusehen, wie sich das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verschlechtert.

Kontrolle über unseren Wirtschaftsstandort behalten

Die Stärke der Schweizer Wirtschaft liegt in ihren liberalen und flexiblen Rahmenbedingungen. Dank dieser Rahmenbedingungen ist die Schweizer Wirtschaft wettbewerbsfähig und schafft Wohlstand. Es wäre töricht, wenn nicht gar selbstmörderisch, zuzulassen, dass ausländische Institutionen, über die wir wenig oder gar keine Kontrolle haben, künftig über den in der Schweiz geltenden Rechtsrahmen entscheiden.

Indem wir die Selbstbestimmungsinitiative annehmen, stellen wir einfach die politische Ordnung wieder her und zwar, dass das Schweizer Volk in der Schweiz das letzte Wort über politische Angelegenheiten hat. Nicht mehr und nicht weniger. Es gibt nichts Revolutionäres an diesem Text. Sogar das Gegenteil ist der Fall. Wenn die Initiative abgelehnt wird, laufen wir Gefahr, neue Vorschriften des internationalen Rechts übernehmen zu müssen, von denen einige für die Wettbewerbsfähigkeit unserer KMU und den Wohlstand unserer Wirtschaft verheerend sein werden.

von Nationalrat und Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes
Jean-François Rime
Bulle (FR)



GOAL GLOSSAR

Kampagne

Kampagne
<lat.> campus (Feld, Feldzug)

Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt: Was ist mein Ziel? Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner? Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat, wird erfolgreiche Kampagnen führen können! Wir helfen Ihnen dabei...

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

DFSK

Kleiner Allrounder für grosse Ansprüche



CHF 14'950.-

**DFSK an der
Utilexpo in Genf vom
11. bis 13. Oktober 2018**

C35 Kasten

* Preis exkl. 7.7% MWST, UPE

WWW.DFSK.SWISS



Am Sonnenhang Wintersberg, Ebnat-Kappel, hoch über dem Thurtal, liegt der Landgasthof Sonne, Haus der Freiheit von Toni Brunner. Es ist immer viel los:

Exklusiv: Nina Burri, Schlangenfrau live im Haus der Freiheit

Donnerstag 4. Oktober, Freitag 5. Oktober und Samstag 6. Oktober,
jeweils ab 19.30 Uhr

Vorstellung ohne Essen CHF 35.- /
Vorstellung inkl. Nachtessen CHF 70.-
Bitte melden Sie sich an!

- Ab November: Urchiges **Fondue- & Raclette**stübli im **Alphöttli** mit Chemineefeuer
- Auf Ihr Wunschdatum: **Sektions- & Vereinsausflüge** mit persönlichem Empfang von NR Toni Brunner
- Wochenweise Vermietung **Ferienhaus** im Toggenburg für Wanderferien

Informationen zu allen Anlässen, Präsenzzeiten von Toni Brunner & Reservationen: **www.hausderfreiheit.ch**

Wir freuen uns über Euren Besuch!
Toni Brunner und das ganze Sonnen-Team

Landgasthof Sonne, Haus der Freiheit,
Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel
www.hausderfreiheit.ch
071 993 10 01 / info@hausderfreiheit.ch

INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT 2018

Mehr als 60'000 Leser in der Deutschschweiz
und in der Romandie. Informationen erhalten Sie
per E-Mail an **klartext@svp.ch**

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Patrice Piquerez | Bildquellen: Schweizer Parlament, Wikipedia, Wikimedia Commons, www.maxpixel.net, www.1zoom.me, SVP Schweiz



dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN

MARKUS REZZONICO
SVP-Delegierter Kanton Solothurn
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG

Ziegefeldstrasse 60 4601 Olten T 062 205 75 75
www.dietschi-pd.ch

Die Verbundaufgabe richtig verstehen!

Das Asylwesen ist in der Schweiz eine Verbundaufgabe, d.h. Bund, Kantone und Gemeinden übernehmen gemeinsam die Verantwortung. Der Bund entscheidet über die Asylgesuche, Kantone und Gemeinden haben sich um die zugewiesenen Asylsuchenden bzw. Vorläufig Aufgenommenen zu kümmern. Das neue beschleunigte Asylverfahren soll Verbesserungen bringen.

Im Kanton Aargau leben derzeit rund 1600 Asylsuchende und warten auf den Entscheid aus Bern. Das sind halb so viele Personen wie Anfang 2016. Um mir selber ein Bild zu machen, besuchte ich kürzlich die kantonalen Asylunterkünfte. Das Anliegen vieler Asylsuchenden ist klar: Sie wollen so rasch wie möglich wissen, ob sie in der Schweiz bleiben dürfen oder nicht. Schnelle Entscheide sind auch in meinem Interesse, denn Perspektivlosigkeit kann rasch in Delinquenz und Unruhen enden.

Grosse Erwartungen an neue Verfahren

Das revidierte Asylgesetz tritt am 1. März 2019 in Kraft und setzt genau an diesem Punkt an. Künftig müssten die Gesuche in den neu geschaffenen Bundesasylzentren viel schneller abgewickelt werden und Personen, die keine Aussicht auf Asyl haben, sollen unser Land umgehend verlassen. Ich erwarte, dass Bern in dieser Sache dann auch Wort hält!

Ich verstehe die Verbundaufgabe so, dass jeder Beteiligte seine Aufgabe wahrnimmt, und zwar immer mit Blick auf den steuerzahlenden Bürger. Die Hauptaufgabe des Bundes wäre es, Asylgesuche zügig und konsequent zu behandeln und wirklich nur den echten Flüchtlingen Bleiberecht zu gewähren. Die Schweiz ist mit Recht stolz auf ihre langjährige humanitäre Tradition. Wer an Leib



Revidiertes Asylgesetz: Bund hat viel versprochen – jetzt müssen Taten folgen.

und Leben bedroht ist, bekommt in unserem Land im Rahmen des Asylrechts immer Schutz. Wirtschaftsflüchtlingen aber darf kein Bleiberecht gewährt werden.

Immer auch die Kosten im Auge

Als Sozialdirektorin des Kantons Aargau bin ich nicht nur für Unterkunft und Betreuung der Asylsuchenden verantwortlich, sondern auch den Steuerzahlenden verpflichtet. Deshalb wurden im Asylwesen des Kantons Aargau Abläufe und Verbindlichkeiten intensiv untersucht. Resultat: Verträge mit Dritten konnten teilweise gekündigt werden, der kantonale Sozialdienst übernahm die Betreuung in einigen Asylunterkünften selbst. Das ist nicht nur günstiger und effizienter, der Kanton behält so auch die Kontrolle.

Neu werden junge Asylsuchende nicht mehr in Pflegefamilien untergebracht, sondern in speziellen

UMA-Unterkünften. Auch das ist kostengünstiger, obwohl die Jugendlichen etwas mehr Betreuung benötigen. Von linker Seite wird diese Vorgehensweise zwar kritisiert, doch die Unterbringung in Pflegefamilien ist nicht nur teurer, dieser Familienanschluss schiesst auch über das Ziel hinaus. **Denn diese jungen Menschen sind nicht hier, um zu bleiben. Sie geniessen vorübergehenden Schutz. Sobald sich die politischen Verhältnisse in deren Heimat verbessern, sollen auch sie nach Hause zurückkehren. Das Gelernte aus der Schweiz dient dort als Rüstzeug, um zum Wiederaufbau des Landes beizutragen.**

von Regierungsrätin
Franziska Roth,
Sozialdirektorin
Kanton Aargau



DER NEUE LEXUS RX L *HYBRID* MIT 7 SITZEN

MEHR RAUM FÜR IHR LEBEN

LEXUS SELF-CHARGING *HYBRID*

Der neue RX L Hybrid verbindet anspruchsvolles Design mit höchster Funktionalität. Der geräumige Innenraum bietet eine dritte Sitzreihe mit separater Klimatisierung und hochwertigen Ledersitzen. Bis zu sieben komfortable Sitzplätze oder zusätzlichen Stauraum für Ihr Gepäck, angetrieben vom Lexus Hybridsystem – das ist der neue RX L.

lexus.ch



 **LEXUS**
EXPERIENCE AMAZING

Lexus RX 450h Lab CHF 83 500.-. Ø Verbrauch 6,0 l/100 km, Ø CO₂-Emissionen 138 g/km, CO₂-Emissionen aus der Treibstoff- und/oder der Strombereitstellung 32 g/km, Energieeffizienz-Kategorie D. Abgebildetes Modell: RX 450h L excellence, ab CHF 97 500.-. Ø Verbrauch 6,0 l/100 km, Ø CO₂-Emissionen 138 g/km, CO₂-Emissionen aus der Treibstoff- und/oder der Strombereitstellung 32 g/km, Energieeffizienz-Kategorie D. Durchschnittliche CO₂-Emissionen aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeuge: 133 g/km. Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.

Referendumsbefürworter billigen Versicherungsmissbrauch!

Unglaublich: Da schafft es ein kräftig gebauter Mann im Test bei der Behörde nur unter Stöhnen einen leeren Harass auf Tischhöhe anzuheben. Ein paar Tage später wird der gleiche Mann auf der Alp bei schweren Holzarbeiten gefilmt. - Eine Frau kommt bei der Behörde kaum die Treppe hoch und eine Stunde später eilt sie ohne Beschwerden auf Stöckelschuhen durch ihren Garten... Dies sind nur zwei von vielen verwerflichen, bildlich dokumentierten IV-Missbrauchsfällen. Wohlge-merkt: Diese IV-Betrüger haben eingewilligt, dass bei der Überprüfung ihrer IV-Berechtigung ihre angeblichen Beeinträchtigungen gefilmt werden.

Solcher Missbrauch von Sozialleistungen ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine kriminelle Handlung. Das Zulassen solcher Handlungen ist asozial und belastet die unter Druck stehende Institution der IV! Bild- und Tonaufzeichnungen werden jedoch nur in Einzelfällen, nach erhärtetem Verdacht auf ungerechtfertigten Leistungsbezug und nach intensiven Gesprächen mit dem Versicherten als Ultima Ratio angeordnet.

So gab es 2016 in der Schweiz bei total rund 434'000 Menschen mit IV-Bezug 2000 Hinweise auf Missbrauch. In der Folge wurden nur 270 Observationen angeordnet. Davon wurde in 180 Fällen zu Unrecht Leistungen der IV bezogen. Trotzdem wäre es falsch, diese 180 Fälle zu bagatellisieren. Denn es geht um sehr viel Geld, da die Leistungen oft ein Leben lang ausbezahlt werden müssen. Dies geht auf Kosten der IV-Bezüger, die rechtmässig Unterstützung erhalten, gefährdet das Vertrauen der Bevölkerung in die IV und schmälert die Solidarität gegenüber Menschen mit Behinderungen.

Notwendige Gesetzesanpassung wird mit Referendum torpediert
Aufgrund eines Entscheids des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte 2016 und des



Wer nichts zu verbergen hat, muss auch Kontrollen wegen Sozialhilfemissbrauch nicht scheuen.

schweizerischen Bundesgerichtes 2017 wurden solche verdeckten Überwachungen abrupt gestoppt, da eine präzise Rechtsgrundlage fehlte. Bereits im März dieses Jahres wurde von der bürgerlichen Mehrheit des Bundesparlaments das Gesetz an die seit Jahren geübte und eigentlich unumstrittene Praxis angepasst. Durch das Referendum von linker Seite wurde die neue Gesetzesgrundlage aber gleich wieder torpediert. Dies, obwohl durch die Gesetzesanpassungen die Voraussetzungen für Überwachungen ganz klar geregelt sind und niemand um gerechtfertigte Versicherungsleistungen bangen muss.

Die Referendumsbefürworter nehmen jedoch den Versicherungsbe-
trug billigend in Kauf! Einmal mehr ist auf den gesunden Menschenverstand des Volkes zu hoffen: Stimmen Sie am 25. November 2018 im Interesse der überwiegenden Mehrheit der ehrlichen Versicherungsnehmer, die dringend auf die IV-Leistungen angewiesen sind, Ja zur Gesetzesrevision!

von Nationalrätin
Verena Herzog
Geschäftsleiterin
Frauenfeld (TG)



Jetzt auch Velowege: Was soll der Bund noch alles bezahlen?

Am 23. September 2018 stimmen wir über den Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege ab. Es ist ein direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Velo-Initiative», die von den Initianten zurückgezogen wurde. Man muss ihn ablehnen.



Das Image verbessern und das Velo noch attraktiver machen können nur die Velofahrerinnen und Velofahrer selber und natürlich die Velohersteller

Eine Initiative wird üblicherweise nur zurückgezogen, wenn die Ziele der Initianten mit dem Gegenentwurf erreicht sind. Genau das ist hier der Fall. Linke und Grüne haben sich, dank Verstärkung durch angebliche «Velofreunde» der Mitte-Parteien, auf der ganzen Linie durchgesetzt.

immer länger, die dafür verfügbare Zeit immer kürzer.

Einziger Unterschied: die «Kann-Formulierung»

Wenn man dem Bundesbeschluss zustimmt, reisst der Bund eine neue Aufgabe an sich, als ob er nicht schon genug zu tun hätte. Bisher

Gemeinden sollen zwar weiterhin für die Planung, den Bau, Unterhalt und Betrieb der Velowegnetze zuständig bleiben – neu kann der Bund aber auch koordinierend mitreden. Was völlig nutzlos erscheint, ist es auch.

Das Velo hat heute schon einen hohen Stellenwert in der Schweiz, sei es als Transportmittel für kurze Distanzen, sei es als Sportgerät oder für die Freizeit. Der Status des Velos kann aber weder mit neuen Gesetzen, noch mit einer komplizierteren Zuständigkeitsregelung, noch mit einer Millionen-Franken teuren Informationskampagne verbessert werden. Das Image verbessern und das Velo noch attraktiver machen können nur die Velofahrerinnen und Velofahrer selber und natürlich die Velohersteller, mit immer besseren Fahrrädern.

Insofern kann diese Vorlage am 23. September mit ruhigem Gewissen abgelehnt werden. Mit einem Nein zum Bundesbeschluss über die Velowege wird das Velofahren keinen Deut schlechter, mit einem Ja aber auch nicht besser. Und Gesetze, die überflüssig sind, brauchen wir nicht.

«**Das Velo wird die aktuellen und künftigen Verkehrsprobleme der Schweiz nie lösen können.**»

Auch in der SVP geniesst das Velo grossen Zuspruch, keine Frage. Velofahren ist gesund und umweltfreundlich. Aber seien wir ehrlich: Das Velo wird die aktuellen und künftigen Verkehrsprobleme der Schweiz nie lösen können. Der Grund ist einfach: Die Arbeitswege werden

waren Velowege Sache der Gemeinden und Kantone. Und die haben das ganz gut gemacht. Jetzt kann der Bund die Vollzugsunterstützung, die Koordination und Information übernehmen. Das ist unnötig. Es bedeutet hauptsächlich Mehraufwand und Mehrkosten. Die Kantone und

von Nationalrat
Walter Wobmann
Verkaufsleiter
Gretzenbach (SO)



Nein zur Fair-Food-Initiative

Ich bin ein Bauer, französischsprachig und ein Feinschmecker. Deshalb gefällt auch mir die Initiative der Grünen sehr – wenigstens auf den ersten Blick. Als Bauer kümmere ich mich um die Bewirtschaftung des Landes, um den Erhalt unserer Umwelt und um ein intaktes Landschaftsbild. Als Romand schätze ich es, wenn unsere Produkte nicht kilometerweise herumgefahren, sondern möglichst vor Ort konsumiert werden. Als Feinschmecker schlussendlich mag ich es, dass die Früchte meiner Arbeit von höchster Qualität sind und dass das durch mich aufgezogene Vieh bestes Fleisch gibt.

Wer kann diese Aussagen ablehnen? Niemand! Und genau das ist die grosse Gefahr der Fair-Food-Initiative: Ein trügerischer Ansatz, der die Türen für noch mehr administrativen Aufwand und neue Kosten öffnet. Als Landwirt kann ich Ihnen versichern, dass das, was angeblich «grün» sein soll, in keiner Art und Weise ausgereift ist. Die vorliegende Initiative ist mehr als unausgereift: Sie muss unbedingt abgelehnt werden!

Garantierte Ernährungssicherheit

Ich sage "Nein" zur Fair-Food-Initiative, weil die Menschen in unserem Land am 23. September letzten Jahres mit überwältigender Mehrheit "Ja" zur Ernährungssicherheit gesagt haben. Eine qualitativ hochstehende, schweizweite Ernährungssicherheit ist jetzt in unserer Verfassung verankert. Ebenfalls darf ob der «grünen» Verpackung nicht vergessen werden, dass eine Vielzahl von bestehenden



Bereits heute produziert die Schweizer Landwirtschaft ökologisch, nachhaltig und im Sinne des Tierwohls. Die Fair-Food-Initiative würde noch mehr Auflagen und administrative Hürden bedeuten.

weit einzigartige Trinkwasserqualität, ein strenger Tierschutz zugunsten des Tierwohls, ein einschlägiges Arbeitsrecht usw. Ich sage "Nein" zur Fair-Food-Initiative, weil unsere Gesetzgebung bereits über wirksame Instrumente zur Förderung einer sozial und ökologisch verträglichen landwirtschaftlichen Produktion verfügt. Zudem gewährleisten bereits die

Fair-Food-Initiative, weil insbesondere die verlangten, neuen Anforderungen an die «Produktionsbedingungen» bei Importen schwer bis gar nicht zu kontrollieren sind. Die Folge ist neuer, überbordender Verwaltungsaufwand, der bis hin zu neuen Subventionen führt und eine Reduktion der Zolleinnahmen bedeuten kann. Als bodenständiger, französischsprachiger Landwirt sage ich klar "Nein" zu dieser Initiative, weil ich Verdauungsstörungen als Folge von leeren Versprechungen schlichtweg nicht mag.

« **Als Romand schätze ich es, wenn unsere Produkte nicht kilometerweise herumgefahren, sondern möglichst vor Ort konsumiert werden.** »

Gesetzen und Bestimmungen den Anliegen der «Grünen» bereits in vollem Masse entsprechen: Höchste Ansprüche an die vielfältigen ökologischen Normen, ein scharfes Umweltrecht schützt bereits die welt-

vielen anerkannten Qualitätslabels die Einhaltung der einmaligen, hohen Schweizer Standards.

Unkontrollierbare Anforderungen

Ich sage auch "Nein" zur

*von Nationalrat
Pierre-André Page
Meisterlandwirt
Châttonnaye (FR)*



Nein zu einer falschen Lösung in der Agrarpolitik

Die Initiative für Ernährungssouveränität ist ein Wolf im Schafspelz. Die kaum fassbaren Forderungen führen zu einer landwirtschaftsschädlichen Planwirtschaft. Die absehbare Regulierungswut wird unseren Betrieben weiter arg zusetzen.



Probleme kann man nicht einfach mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden bräuchte es weniger und nicht mehr Regulierung. Eigentlich müssten nur die

Bundeszulagen für Blumenwiesen, Buntbrachen etc. so weit reduziert werden, dass sich der Anbau von Nahrungs- und insbesondere Futtermitteln wieder

rechnet. Das wäre die richtige Lösung!

Gegen kommunistische Arbeitsverhältnisse

Die geforderte Erhöhung der Arbeitsstellen in der Landwirtschaft wäre zwangsläufig künstlich erzwungen. Bereits heute ist qualifiziertes Personal in der Landwirtschaft nämlich knapp. Es braucht keine zusätzliche, planwirtschaftlich geschaffene Stellen.

Gesunder Strukturwandel durch weniger staatliche Eingriffe

Bei all den unzähligen Regulierungsbestrebungen würde man besser anfangen, den Strukturwandel beeinflussende Bestimmungen und Gesetze abzuschaffen. Gleichzeitig muss das bereits bestehende bäuerliche Bodenrecht strenger angewendet werden, damit der Landwirtschaft das Kulturland erhalten bleibt.

Keine Handelskriege anzetteln

Letztlich müsste diese Initiative vor allem über differenzierende Zollbestimmungen umgesetzt werden, welche bestehende Handelsvereinbarungen gefährden könnten.

Die übrige Schweizer Wirtschaft ist jedoch zur Sicherung unserer Arbeitsplätze auf einen schlanken Marktzugang in anderen Ländern angewiesen.

Ausufernde Regulierungsbestrebungen

Zusammengefasst verlangt die überladene und unübersichtliche Initiative nicht einfach nur mehr Regulierungen zu Lasten der Landwirtschaft und der Konsumenten, sondern eine komplette Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik in Richtung einer Planwirtschaft:

- Die Erhöhung der Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen;
- Neue Bundesgesetze für zentralistische Arbeitsbedingungen;
- Neue Subventionen für regionale Verarbeitungs-, Lagerungs und Vermarktungsstrukturen;
- Einführung einer staatlichen Preis- und Mengensteuerung;
- Verbot von Exportsubventionen, welche ohnehin schon abge schafft sind.

von Nationalrat
Markus Hausammann
Landwirt
Langrickenbach (TG)





Die Schweiz soll für alle Lebensmittel, also auch für Kaffee, Bananen etc. detaillierte Produktionsvorschriften erlassen. Schweizer Beamte müssen im Ausland Kontrollen durchführen und gegebenenfalls Importe verbieten. Mündige Schweizer Konsumenten werden bevormundet.

2x NEIN zum Bürokratiemonster

Fair-Food-Initiative und Ernährungssouveränität



Zusätzliche Produktionsbestimmungen und Importverbote nach dem Gusto der Grünen verunmöglichen den Verkauf von Lebensmitteln in der Schweiz. Ein neuer staatlicher Kontrollapparat führt zu steigenden Preisen!



Die Ernte verfault, während Schweizer Landwirte jede Tomate mit Hinweisen zu Qualität, Lebensmittelsicherheit, Umweltstandards, Tierwohl und Arbeitsbedingungen versehen müssen.

SVP-Delegierte sagen einstimmig JA zur Selbstbestimmung

Über 500 Schweizerinnen und Schweizer versammelten sich zur Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Unterägeri (ZG). In der Schweiz haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Rahmen von Volksabstimmungen das letzte Wort bei allen wichtigen politischen Entscheidungen. Diese weltweit einzigartige Selbstbestimmung in Form der bewährten direkten Demokratie hat der Schweiz Wohlstand, Freiheit und Sicherheit gebracht. Die Selbstbestimmungsinitiative sichert die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger als wichtigen Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz auch in Zukunft.



Die Delegierten der SVP beschlossen einstimmig die JA-Parole zur Selbstbestimmungs-Initiative, über die Volk und Stände am 25. November befinden werden.



«Nein, unsere Wirtschaft braucht kein ausländisches Recht! Wir wollen keine höheren Steuern, mehr Bürokratie, zentrale Regelungen, einen voll regulierten Arbeitsmarkt, hohe Sozialkosten etc., etc... Unsere direkte Demokratie zusammen mit eigenständigen Lösungen und Freiheit haben sich wirtschaftlich sehr bewährt! Bleiben wir dabei!»

Nationalrätin Magdalena Martullo, Lenzerheide (GR)



Delegiertenversammlung in Unterägeri (ZG) **15**



Thomas Matter : «Wer Ja sagt zur direkten Demokratie, muss konsequenterweise Ja sagen zur Selbstbestimmungsinitiative.»



Die zwei linken Agrarinitiativen («Fair-Food» und «Ernährungssouveränität») werden nach den Voten der Nationalräte und Bauern Pierre-André Page (FR), Markus Hausammann (TG) und Marcel Dettling (SZ) klar abgelehnt.



Le conseiller des Etats Peter Föhn, la conseillère nationale Barbara Steinemann, le Président du Parti Albert Rösti, le conseiller national Gregor Rutz, le co national Michaël Buffat sont attachés à l'autodétermination dans tous les domaines de la vie.

Gemeinsam für die direkte Demokratie eintreten!

In der Schweiz haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Rahmen von Volksabstimmungen das letzte Wort bei allen wichtigen politischen Entscheidungen. Diese weltweit einzigartige Selbstbestimmung, in Form der bewährten direkten Demokratie, hat der Schweiz Wohlstand, Freiheit und Sicherheit gebracht. Die Selbstbestimmungsinitiative sichert die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger als wichtigen Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz auch in Zukunft.

Beteiligen Sie sich aktiv am Abstimmungskampf für unsere Demokratie!

- ➔ Flyerversand an Freunde und Bekannte (Verteilung in Briefkästen im Dorf)
- ➔ Flyerverteilung an Bahnhöfen (bewilligungspflichtig, Auskunft: APG/SGA Promotion, 058 220 70 00, promotion@apgsa.ch, Gesuchsformular verlangen).
- ➔ Aushang von Plakaten
- ➔ Organisation von Standaktionen im Dorf

Jetzt bestellen!

Bestellung Kampagnenmaterial

- Flyer A5
- Papier Plakat A2 (42.0 cm x 59.4 cm)
- Papier Plakat F4 (89.5 cm x 128 cm)
- Hohlkammer Plakat B1 (70 cm x 100 cm)
- Hohlkammer Plakat F4 (Weltformat 89,5 x 128 cm)

Auslieferung ab
24. September 2018

Unterstützung / Sponsoring

- ☐ **Finanzielle Unterstützung / Spenden**
Überparteiliches Komitee für Selbstbestimmung, Postfach, 3001 Bern
PC: 31-31457-1, IBAN: CH82 0900 0000 3103 1457 1
Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein.
- ☐ **Leserbriefe**
Ich bin bereit, Leserbriefe zu schreiben. Bitte senden Sie mir einen Musterbrief.
- ☐ **Flyer Sponsoring www.flyer-ueberall.ch – online ab 1. Oktober 2018**
Ich bin bereit, in einer beliebigen Gemeinde Flyer über das online Portal www.flyer-ueberall.ch verteilen zu lassen. Bitte informieren Sie mich.
- ☐ **Social Media**
Ich möchte mich aktiv im Social Web engagieren – Bitte kontaktieren Sie mich.

Bitte einsenden an:

Generalsekretariat SVP Schweiz
Postfach, 3001 Bern
Telefon: 031 300 58 58
Telefax: 031 300 58 59
E-Mail: gs@svp.ch

Vorname/Name:

Adresse:

PLZ / Ort:

E-Mail:

Telefon / Mobil: